



CGFP

fonction publique

numéro 53, décembre 2022
paraît 6 fois par an
11^{ème} année

compact



56. CGFP-VORSTÄNDEKONFERENZ

„HÖRT AUF, DER CGFP UNSOZIALES HANDELN VORZUWERFEN!“

Die jüngste Ausgabe der CGFP-Vorständekonferenz war ein voller Erfolg: Zum ersten Mal seit zwei Jahren fand das jährliche Treffen wieder ohne Corona-Einschränkungen in üblicher Form statt. Neben Hunderten Delegierten wohnten zahlreiche Abgeordnete jeglicher politischen Couleur und viele Ehrengäste dem Ereignis bei. Die große Anzahl der Teilnehmer bezeugt die Stärke und den Zusammenhalt der CGFP.

In seiner Begrüßungsansprache ging CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff auf die vielen Herausforderungen in diesen schweren Zeiten ein. Die Pandemie sei immer noch nicht völlig überstanden. Der sinnlose Krieg in der Ukraine verursache unendliches menschliches Leid. Die Auswirkungen dieses Konflikts

– insbesondere die wachsende Inflation und die steigenden Zinsen – würden auch hierzulande immer mehr Menschen Schwierigkeiten bereiten.

In seiner kritischen Rede zeigte Romain Wolff kein Verständnis für jene Politiker, die soziale Selektivität predigen würden, ohne dabei ih-

rer Vorbildfunktion gerecht zu werden. In den europäischen Institutionen würden alle Mandatsträger eine Lohnerhöhung von 8,5 % erhalten. Von sozialer Selektivität sei hier keine Spur.

Während der Tripartite-Verhandlungen hätten einige Regierungsmitglieder wissen lassen, sie seien bereit, auf eine Index-Anhebung zu verzichten. Danach sei jedoch davon keine Rede mehr gewesen. In diesem Zusammenhang erwähnte der Redner auch die zur Hälfte steuerbefreiten Abgeordnetengehälter. Auch diese seien alles andere als „sozial selektiv“. „Hört auf uns vorzuwerfen, wir würden unsozial handeln“, erzürnte sich der CGFP-Nationalpräsident.

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Zusätzliche Spaltung der Gesellschaft

Die Gehalts- und Prämienstudie im öffentlichen Dienst habe das zuständige Ministerium zu einem völlig inakzeptablen Zeitpunkt aus der Schublade gekramt und veröffentlicht: Unmittelbar vor den Gehälterverhandlungen habe die Regierung in einer angespannten wirtschaftlichen Lage Sozialneid schüren wollen. Somit sei eine zusätzliche Spaltung der Gesellschaft billigend in Kauf genommen worden.

Einer der Schwerpunkte in der anschließenden Rede des CGFP-Generalsekretärs Steve Heiliger war das am 9. Dezember mit der Regierung unterschriebene Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst (siehe dazu auch Seite 5). Die getroffene Vereinbarung sei vernünftig und passe in den aktuellen Zeitrahmen, hieß es. Von Beginn an sei es für die CGFP eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass aufgrund ihrer nationalen Repräsentativität ausschließlich mit der CGFP verhandelt werde. Es sei lobenswert, dass der Beamtenminister gleicher Ansicht gewesen sei und dies ohne Wenn und Aber umgesetzt habe.

Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften habe die CGFP ihre Forderungen nicht nach außen hin vorgetragen, fuhr Heiliger fort. Die CGFP-Forderungen seien das Ergebnis der zweitägigen „Rentrée sociale“ des Nationalvorstands gewesen. Die berechtigten CGFP-Ansprüche hätten auf Fakten und verlässlichen Berechnungen gefußt. Mit dieser vernünftigen Verhandlungsstrategie habe die CGFP schon in der Vergangenheit viele Forderungen durchgesetzt. Diese Vorgehensweise werde seit Jahrzehnten bei den Berufskammerwahlen von den Wählern gewürdigt.

Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiterhin zu gewährleisten, würden gute Arbeitsbedingungen allein nicht ausreichen, betonte Heiliger. Erforderlich sei u.a. auch eine kontinuierliche Gehälterpolitik. Der Indexmechanismus reiche längst nicht aus, um die Inflation auszugleichen. Aus all diesen Gründen sei eine weitere Nullrunde für die CGFP dieses Mal nicht hinnehmbar gewesen.

Unzumutbare Zustände

Erfreut zeigte sich der Redner darüber, dass mit der Abschaffung des Bewertungssystems nach der Stagezeit einer langjährigen CGFP-Kernforderung Rechnung getragen werde. Mit der Beseitigung dieser kontraproduktiven Benotung würden künftig zahlreiche Ressourcen und viel Geld gespart.

Kämpferisch zeigte sich der CGFP-Generalsekretär, als er die immer häufigeren Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit ansprach. So seien z.B. einigen Gewerkschaftern unberechtigterweise Posten verwehrt worden. Andere Arbeitneh-



Die CGFP-Exekutive am Rande der Vorstandskonferenz

mervertreter, die wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements eine Versetzung oder sogar eine Entlassung befürchten würden, seien einer enormen psychischen Belastung ausgesetzt. Diese untragbaren Zustände seien nicht mehr länger hinnehmbar.

Gemäß dem neuen Gehälterabkommen werde sich die CGFP 2023 mit dem zuständigen Minister darüber austauschen. Sollten diese Gespräche jedoch ergebnislos bleiben, werde die CGFP nicht davor zurückschrecken, andere Mittel anzuwenden.

Dreifache Zielsetzung

2022 sei auch ein Jahr der Tripartite-Verhandlungen gewesen. Die CGFP habe ihre dreifache Zielsetzung erreicht: den Erhalt des Indexmechanismus, die Bekämpfung der Geldentwertung und eine finanzielle Entlastung für die Privathaushalte. Die Beschlüsse der Tripartite und des „Energiedesch“ würden mit 2,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Diese Ausgaben stünden in keinem Verhältnis zum Schaden, der durch eine falsch angewandte Sparpolitik hätte entstehen können.

Bedauernswerterweise habe sich die Regierung bei den beiden letzten Tripartite-Abkommen geweigert, die Steuertabelle an die Inflation anzupassen. Die CGFP halte dennoch nach wie vor an dieser Forderung fest, betonte Heiliger. Es sei zudem unverständlich, dass die Regierung die längst überfällige Steuerreform auf einen unbekanntem Zeitpunkt vertagt habe. Die Dreierkoalition müsse alle Hebel in Bewegung setzen, damit noch vor den anstehenden Parlamentswahlen zumindest eine partielle Steuerreform umgesetzt werde.

Akuter Handlungsbedarf herrsche außerdem in der Wohnungspolitik. Die aktuelle Lage sei „desaströs“, lautete die schonungslose Feststellung. Die Förderung der Digitalisierung dürfe

zudem nicht um jeden Preis geschehen. Die digitalen Tools müssten einen doppelten Zweck erfüllen: den bestmöglichen Dienst am Bürger und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Staatsbediensteten.

Plädoyer für einen leistungsstarken Staatsdienst

Der Klimawandel betreffe jeden und dürfe deshalb nicht auf die leichte Schulter genommen werden, unterstrich Steve Heiliger. Sich beim Klimaschutz darauf zu beschränken, den Bürgern und Unternehmen Vorschriften zu erteilen, reiche nicht aus. Der Staat müsse mit gutem Beispiel vorangehen, indem z.B. der gesamte staatliche Fuhrpark und alle öffentlichen Gebäude den neuen Ansprüchen angepasst würden.

Ausdrücklich begrüßt wurde die Ankündigung der Regierung, im kommenden Jahr rund 1.400 staatliche Mitarbeiter einzustellen. Jetzt gelte es sicherzustellen, dass die Bewerber dem gewünschten Profil entsprechen, denn auch in Zukunft sei ein hochwertiger öffentlicher Dienst im Interesse aller Bürger von Nöten. Ohne einen leistungsstarken Staat seien die politischen Entscheidungen nicht umsetzbar.

Verärgert zeigte sich der CGFP-Generalsekretär darüber, dass in einigen öffentlichen Einrichtungen versucht werde, das öffentliche Statut zu untergraben. Die CGFP werde sich solchen Praktiken mit aller Entschlossenheit widersetzen.

Abschließend bedankte sich CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger stellvertretend für die CGFP-Exekutive bei allen Delegierten für deren vorbildliches gewerkschaftliches Engagement. An die politisch Verantwortlichen ging die Botschaft, verstärkt im Interesse des Staatsdienstes sowie des Landes zu handeln.

Max Lemmer



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**

488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg

Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29

E-mail: cgfp@cgfp.lu

Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1

Impression: SNE-Editions S.à.r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



Home

L'assurance habitation
100% personnalisable

cgfp-assurances.lu

Un produit **baloise**

Mehr Lohn und ein Ende des Bewertungssystem

Die CGFP und die Regierung haben am vergangenen 9. Dezember ein neues Besoldungsabkommen für den öffentlichen Dienst unterzeichnet. Kurz davor war die Vereinbarung im Rahmen einer „Conférence des Comités restreints“ mit einer überwältigenden Mehrheit gutgeheißen worden. Die Verhandlungen waren teilweise schwierig und zäh. Sie verliefen jedoch stets in einem konstruktiven Klima. Die Einigung umfasst insgesamt elf Punkte. Dabei wurden sämtliche Kernforderungen der CGFP erfüllt.

„Angesichts der herrschenden Umstände handelt es um ein verantwortungsbewusstes Abkommen“, schlussfolgerte der CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Beamtenminister. Der CGFP-Nationalpräsident, der genau wie alle anderen Mitglieder der CGFP-Exekutive, selbstverständlich an den Verhandlungen beteiligt gewesen war, blieb krankheitsbedingt dem Pressetermin fern.

Mehr Lohn ab 2023

Schon im Vorfeld der Verhandlungen hatte die CGFP in mehreren öffentlichen Stellungnahmen unmissverständlich klargestellt, dass eine lineare Punkterhöhung die Grundvoraussetzung für eine Zustimmung sei. Tatsache ist, dass die letzte generelle Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst 2018 erfolgt war. Vor der Presse bestätigte Heiliger erneut die Entschlossenheit der CGFP: „Für uns wäre ein Abkommen ohne lineare Punkterhöhung nicht vorstellbar gewesen.“ Er berief sich dabei auf ein klares Mandat aus dem CGFP-Nationalvorstand.

Ab dem 1. Januar steht den rund 34.500 staatlichen Mitarbeitern während einem Jahr eine monatliche Erhöhung von 5 % bei den ersten 100 Gehaltspunkten zu. Im Klartext: Jeder Staatsbedienstete erhält 2023 jeden Monat – zusätzlich zu seinem Gehalt – 106 Euro brutto. Diese vorübergehende Maßnahme dient in erster Linie dazu, die Geringverdiener überproportional zu unterstützen. Ab dem 1. Januar 2024 tritt dann eine dauerhafte lineare Punkterhöhung von 1,95 % auf dem Bruttoeinkommen in Kraft.

Adieu für das Bewertungssystem

Das Abkommen beinhaltet jedoch noch viele andere Verbesserungen. Das Bewertungssystem im Staatsdienst wird ab dem 1. Januar 2023 der Vergangenheit angehören. Somit wird eine langjährige CGFP-Forderung endlich umgesetzt. Künftig werden nur noch die Referendare benotet. Die Regierung hat sich dazu verpflichtet, der CGFP den entsprechenden Gesetzentwurf bis Mitte kommenden Jahres vorzulegen.

Statt des Bewertungssystems findet künftig nur noch ein jährliches Mitarbeitergespräch mit dem Vorgesetzten statt, ohne dass der Beschäftigte dabei bewertet wird und somit berufliche Nachteile erfahren kann. Eigentlich wollte der für den Staatsdienst zuständige Minister das



Bewertungssystem einer Analyse unterziehen. Die CGFP hielt jedoch konsequent dagegen.

„Das Bewertungssystem wurde mit der Dienstrechtsreform von 2015 im Staatsdienst eingeführt. Dies geschah nicht auf Wunsch der CGFP. Der damalige Beschluss war Bestandteil einer Kompromisslösung“, stellte Heiliger in Anwesenheit der Journalisten klar. Von Beginn an sei die CGFP der Überzeugung gewesen, dass dieses Konzept nichts im öffentlichen Dienst zu suchen habe. Zu keinem Zeitpunkt habe der betriebene Aufwand im Verhältnis zum Ergebnis gestanden. Mit der Abschaffung des Bewertungssystems sei jetzt auch die Gefahr der Günstlingswirtschaft gebannt.

Bei den PARP-Posten mit besonderer Verantwortung („postes à responsabilité particulière“) werden die Stufenzuschläge („majoration d'échelon“) in den jeweiligen Laufbahnen um 5 Punkte angehoben. Diese Maßnahme erfolgt am 1. Juli 2023. Derzeit werden höchstens 15 % der PARP-Posten zusätzlich entlohnt. Dieser Prozentsatz wird künftig verdoppelt.

Die sogenannte „voie express“, die 2015 im Zuge der Beamtenreform zur Vereinfachung eines Karrierewechsels eingeführt wurde, sollte im Grunde genommen 2025 enden. Dieser temporäre Mechanismus wird jedoch generell um fünf Jahre verlängert.

Infolge der im Jahr 2013 eingeleiteten Sparmaßnahmen waren die Entschädigungen für die Mitglieder von verschiedenen Ausschüssen (z.B. Examenkommissionen) um ein Viertel ge-

kürzt worden. Dieser substanzielle Einschnitt wird dank der CGFP wieder größtenteils rückgängig gemacht. Ab 2024 wird die Vergütung um 15 % steigen.

Aufwertung einzelner Diplome

Für einen Teil der Diplome, die der Staat bislang nicht vollständig anerkannt hat, wurde eine Lösung gefunden. In der B1-Laufbahn werden der Meisterbrief und das BTS aufgewertet, vorausgesetzt die geleistete Arbeit steht im Einklang mit dem Diplom. Innerhalb der ersten fünf Jahre erhalten die betroffenen Mitarbeiter zehn Punkte, danach werden ihnen 15 Punkte gewährt.

Neben den oben genannten Punkten wurde außerdem vereinbart, dass sich eine Arbeitsgruppe mit dem verstärkten Schutz von Beamten und Staatsangestellten bei Langzeiterkrankungen befassen wird. Schließlich einigten sich die Parteien auch darauf, sich über die Absicherung der Gewerkschaftsrechte auszutauschen. Somit soll verhindert werden, dass vermeintlich „unbequeme“ Gewerkschaftler mundtot gemacht, versetzt oder im schlimmsten Fall sogar entlassen werden.

Vor der Presse betonte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, er gehe nicht davon aus, dass das Abkommen eine Neiddebatte auslösen werde. Im Gegenteil: In der Vergangenheit habe sich stets erwiesen, dass sich verbesserte Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst immer positiv auf den Privatsektor ausgewirkt hätten.

Max Lemmer





CHFEP-Präsident Romain Wolff, umgeben von Marc Poos, Mona Guirsch, Gilbert Goergen und Georges Trauffer (v.l.n.r.).

CGFP und CHFEP zum Haushaltsentwurf 2023

Mehr Steuerentlastung, weniger Energieabhängigkeit

Der Haushaltsentwurf 2023 ist geprägt von einer Zeit der Ungewissheit: Pandemie, Krieg in der Ukraine, drohende Energieengpässe, all dies gekoppelt mit einer hohen Inflation. Gegenüber der Presse bezogen die CGFP und die Chambre des fonctionnaires et employés publics (CHFEP) Stellung zum wichtigsten Gesetz des Jahres. Am 15. November legten sie dem diesjährigen Budgetberichtersteller Max Hahn ihre Sicht der Dinge dar.

Mit Genugtuung nehmen die CGFP und die CHFEP zur Kenntnis, dass sich die öffentlichen Investitionen weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Ihrer Ansicht nach gehen jedoch die von der Regierung angekündigten Maßnahmen teilweise nicht weit genug. Die wachsenden sozialen Ungleichheiten, der erhebliche Kaufkraftverlust, die ungelöste Wohnungskrise und das Armutsrisiko bereiten nicht nur den einkommensschwachen Haushalten Sorgen. Sie machen inzwischen auch den Bürgern aus der Mittelschicht zunehmend zu schaffen. Dem gilt es Rechnung zu tragen.

Bedauerlicherweise wurde die vorgesehene Steuerreform auf einen unbekanntem Zeitpunkt verschoben. Dabei ist das ungerechte und völlig veraltete Steuersystem längst reformbedürftig. Die Besteuerung der natürlichen Personen fußt auf einer Gesetzgebung, die Luxemburg im Zweiten Weltkrieg von den deutschen Besatzern auferlegt wurde.

Sobald jedoch die Forderung nach einer umfangreichen Steuerreform erhoben wird, leistet die Regierung Widerstand. Die dafür erforderlichen Finanzmittel würden derzeit nicht ausreichen, heißt es. Bei dieser Begründung wird man hellhörig, zumal die Dreierkoalition nicht zögert, andere kostspielige Vorhaben abzusegnen.

So wurden z.B. zur Finanzierung des Space Mining 200 Millionen Euro bereitgestellt. Hinzu kommen weitere 50 Millionen Euro für dessen Forschung. Der Kostenpunkt des Militärsatelliten betrug 300 Millionen Euro, fast doppelt so viel wie ursprünglich vorgesehen. Der luxemburgische Pavillon für die Weltausstellung in Dubai schlug mit 17 Millionen Euro im Staatshaushalt zu Buche. Von den schwindelerregenden Ausgaben, die der öffentlichen Hand jedes Jahr durch den nutzlosen Rückgriff auf externe Berater entstehen, ganz zu schweigen. Die Aufzählung dieser Beispiele ließe sich endlos fortsetzen. Dabei werden diese Investitionen größtenteils mit den Steuergeldern der Privathaushalte finanziert.

Ende September beliefen sich die Gesamteinnahmen des Zentralstaats auf 17,7 Milliarden Euro. Die von den drei Steuerverwaltungen erzielten Einnahmen betragen 15,1 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 1,2 Milliarden Euro (+ 8 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Einer der Gründe für diese positive Entwicklung sind die Lohnsteuereinnahmen, die infolge der jahrelangen Nicht-Anpassung der Steuertabelle an die Inflation kontinuierlich gestiegen sind.

Für eine schrittweise Steuerreform

Für die CGFP und die CHFEP führt kein Weg mehr an einer steuerlichen Entlastung der Bürger vorbei. Zur Erinnerung: Was die direkten Steuern betrifft, war die Gesamtsteuerlast 2002 noch ungefähr gleichmäßig zwischen den natürlichen Personen (51 %) und den Unternehmen (49 %) aufgeteilt. Seitdem hat sich jedoch der Abstand kontinuierlich vergrößert. Im Jahr 2016 mussten die Bürger 72 % der Steuerlast schultern, die Betriebe hingegen nur noch 28 %. Hinzu kommt, dass der Faktor Arbeit wei-

terhin wesentlich höher besteuert wird als die Kapitalerträge.

Die CGFP und die CHFEP sind der festen Überzeugung, dass zumindest eine schrittweise Steuerreform in Angriff genommen werden muss. So müssen z.B. zusätzliche Steuerstufen zur Eindämmung des „Mittelstandsbockel“ eingeführt werden. Des Weiteren muss die Steuerklasse 1a endlich abgeschafft werden. Die steuerlichen Nachteile, die u.a. Alleinerziehende und Unverheiratete erfahren, sind nicht hinnehmbar. Bislang fehlt immer noch der politische Wille, diese Personen automatisch in die Steuerklasse 2 einzuordnen.

Mit Nachdruck pochen die Berufskammer und der Dachverband der öffentlich Bediensteten darauf, dass der bewährte Indexmechanismus unbedingt in seiner jetzigen Form beibehalten werden muss. Für die Staatsfinanzen ist das Eintreten einer Indexranche von Vorteil, da sie dem Staat jeden Monat Einnahmen in Höhe von bis zu 25 Millionen Euro einbringt.

In diesem Zusammenhang wies die CHFEP in ihrem Gutachten darauf hin, dass es auch für das Personal und die politischen Mandatsträger der EU-Institutionen einen Mechanismus zur automatischen Anpassung der Gehälter an die Inflation gibt. Im Juli dieses Jahres gab die EU-Kommission bekannt, dass die Gehälter dieser Personen unter Anwendung des besagten Mechanismus bis zum Jahresende um 8,5 % steigen würden. Im Vergleich dazu wirkt die 2,5-prozentige Anhebung der Löhne, Gehälter und Renten, die in Luxemburg bei jeder Indexranche erfolgt, recht bescheiden.

Verheerende Lage im Wohnungsbau

Ähnlich wie die Vorgängerregierungen hat es die Dreierkoalition bislang nicht geschafft, der Preisspirale im Wohnungsbau entgegenzuwirken. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Immobilienpreise im zweiten Quartal dieses Jahres um 11,5 % gestiegen. Die Rückzahlung von Krediten und Schulden stellt viele Privathaushalte auf eine harte finanzielle Probe. Angesichts der steigenden Zinsen ist davon auszugehen, dass sich die Lage weiter zuspitzen wird.

Auf breite Zustimmung trifft unterdessen die Förderung der Digitalisierung. Dieser Trend ist unwiderruflich. Die CHFEP und die CGFP weisen jedoch darauf hin, dass dabei stets der Mensch im Mittelpunkt stehen muss. Beim digitalen Wandel darf niemand auf der Strecke bleiben.

Im öffentlichen Dienst sollen 2023 insgesamt 1.400 neue Stellen geschaffen werden. Fraglich bleibt jedoch, ob dabei die Abgänge von pensionsberechtigten Staatsbediensteten miteingegriffen sind oder nicht. Der Kampf gegen die Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig ein leistungsstarker Staatsdienst ist. Weitere Investitionen sind deshalb erforderlich, um sicherzustellen, dass der Staat über engagierte und ausgebildete Mitarbeiter verfügt, die gute Arbeit im öffentlichen Interesse leisten.

Die jüngsten Krisen haben jedem vor Augen geführt, in welchem erheblichen Ausmaß Luxemburg von den ausländischen Energieimporten abhängig ist. Allein im Jahr 2020 wurde 75 % des hierzulande benötigten Stroms einge-

führt. Beim Gas betrug die Abhängigkeit sogar 100 %. Der Übergang zu einer größeren Energieunabhängigkeit darf allerdings nicht auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden, da diese nicht für jahrzehntelange politische Fehlentscheidungen verantwortlich gemacht werden darf.

Keine Energiewende auf Kosten der Bürger

In der Vergangenheit standen die Profitmaximierung und das Wirtschaftswachstum allzu sehr im Vordergrund. In diesem Sinne treten die CGFP und die CHFEP für eine Kehrtwende ein. Der einheimischen Produktion muss künftig eine bedeutendere Rolle beigemessen werden

Zur Stärkung der Kaufkraft wurde sich bei der Tripartite u.a. darauf geeinigt, die Mehrwertsteuer im Energiebereich von 17 % auf 3 % herabzusetzen. Außerdem wurde eine Ermäßigung von 15 Cent pro Liter Heizöl beschlossen. Kein Verständnis haben die CGFP und die CHFEP jedoch für die geplante Erhöhung der Kohlenstoffsteuer, die jetzt schon vor allem einkommensschwache Haushalte stark belastet. Die Anhebung der CO₂-Steuer wird ab 2023 zu einer Erhöhung von 7,4 Cent pro Liter Diesel führen. Erschwerend hinzu kommt, dass diese Abgabe bei der Berechnung des Preisindex nicht berücksichtigt wird.

Einige der kürzlich beschlossenen Maßnahmen zur Unterstützung der Haushalte, wie z. B. die Indexierung von Sozial- und Familienleis-



tungen, wurden von der Regierung nur halbherzig umgesetzt. Die im Oktober 2021 wieder eingeführte Indexierung der Kinderzulagen (allocations familiales) hat nämlich den Kaufkraftverlust, den die Haushalte seit der im Jahre 2006 erfolgten Desindexierung erlitten haben, keineswegs ausgeglichen.

Stärkung des Sozialdialogs

Nicht nur die Energiemärkte sind in Turbulenzen geraten. Auch im Lebensmittelbereich geht es derzeit hoch her. Innerhalb eines Jahres sind die Nahrungsmittelpreise in Luxemburg um mehr als 8 % gestiegen. An die Regierung geht deshalb der Aufruf, die Konsequenzen,

die diese besorgniserregende Entwicklung für die Bürger hat, keineswegs außer Acht zu lassen.

Zur Bewältigung der Finanzkrise 2007/2008 hatten die in Luxemburg aufeinanderfolgenden Regierungen eine Reihe von Sparmaßnahmen beschlossen, die im Endeffekt einen Sozialabbau verursachten. Die CGFP und die CHFEP warnen die politischen Entscheidungsträger deshalb ausdrücklich davor, weitere Austeritätsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen. Um die wachsenden Herausforderungen zu meistern, muss der Sozialdialog mehr denn je gestärkt werden.

Max Lemmer

CGFP-Nationalvorstand mahnt vor Verstößen gegen Rechtsprinzipien

Bei einigen Anliegen, die den Staatsdienst betreffen, hat die Regierung neulich auf sektorieller Ebene erneut Abkommen mit Fachverbänden abgeschlossen, die nicht der CGFP angehören. Dieser Umstand sorgte in der Sitzung des CGFP-Nationalvorstands am vergangenen 14. November für reichlich Unmut. Das Gremium erinnerte daran, dass die CGFP mit ihren mehr als 60 Mitgliedsorganisationen als einzige Gewerkschaft über die nationale Repräsentativität im öffentlichen Dienst verfüge.

Folglich seien die CGFP und deren Fachverbände für alle nationalen sowie sektoriellen Anliegen, die im Zusammenhang mit dem öffentlichen Dienst stehen, die einzigen berechtigten Ansprechpartner für die politisch Verantwortlichen. Diese Legitimität beruhe auf der hohen Mehrheit, die die CGFP seit Jahrzehnten bei den Berufskammerwahlen im Staatsdienst erlange. Jede Abweichung von diesen Ergebnissen werde in Zukunft von der der CGFP als eine Missachtung des Wählerwillens betrachtet und nicht geduldet.

Forderungen zur Vorruhestandsregelung abgeseget

Ein weiteres Thema auf der Agenda des CGFP-Nationalvorstands war die künftige Vorruhestandsregelung im öffentlichen Dienst. Das

Gremium erteilte den von einer CGFP-Arbeitsgruppe zusammengetragenen Forderungen grünes Licht. Das entsprechende Dokument wurde dem Minister des öffentlichen Dienstes unterbreitet.

Künftig sollen auch öffentlich Bedienstete, die nach dem 1. Januar 1999 dem Staatsdienst beigetreten sind und mindestens 20 Jahre lang Schichtdienst vorweisen können, mit 57 Jahren in den Ruhestand gehen dürfen. Im jüngsten Gehälterabkommen hatten sich die CGFP und die Regierung auf die Umsetzung einer derartigen Regelung geeinigt. Die Wiedereinführung dieser Maßnahme wird für Tausende staatliche Mitarbeiter eine wesentliche Verbesserung darstellen.

Ein weiteres Vorhaben, das sich auf der Zielgeraden befindet, betrifft den Entwurf über den Rechtsbeistand, den der Staat den öffentlich Bediensteten in Streitfällen gewährt. Die zuständige CGFP-Arbeitsgruppe wird dem Beamtenminister ihre Schlussfolgerungen Anfang kommenden Jahres zukommen lassen. Oberstes Ziel ist es, sicherzustellen, dass Staatsbedienstete, die bei der Ausübung ihres Berufs Rechtshilfe brauchen, auf eine schnelle, unbürokratische und zuverlässige Art und Weise juristischen Beistand erhalten. ml

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30

et de 14h30 à 16h30,

mercredi: de 14h30 à 16h30,

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS **CGFP**

Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Mehr direkte Demokratie wagen: Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Seit Jahren nimmt die Wahlbeteiligung in zahlreichen Staaten, in denen keine Wahlpflicht herrscht, kontinuierlich ab. Wer jedoch nicht von seinem Stimmrecht Gebrauch macht, überlässt häufig den Populisten das Feld. Das jüngste Beispiel dafür lieferte Giorgia Meloni in Italien: Mit dem alten Slogan aus Mussolini-Zeiten „Gott-Heimat-Familie“ nutzte die Neofaschistin die Politikverdrossenheit der Bürger und ist in ihrem Land die erste Frau an der Spitze der Regierung.

Auch in Luxemburg ist das Vertrauen zwischen den Bürgern und der Politik brüchiger geworden. So verdeutlicht z.B. die im April 2022 veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage, dass das Ansehen der EU-Institutionen in den beiden letzten Jahren Kratzer erlitten hat. Rund ein Drittel der Befragten waren der Ansicht, dass das Großherzogtum außerhalb der EU bessere Zukunftschancen habe.

Mit Blick auf die nationale Politik sieht die Lage nicht besser aus. Im Politmonitor vom Juni 2022 gab die Hälfte der Umfrageteilnehmer an, kein Vertrauen in die Regierung zu haben. Mit weniger als ein Drittel Zustimmung schnitt die Opposition sogar noch schlechter ab.

Einer der Gründe für diese wachsende Unzufriedenheit ist, dass sich ein Teil der Bürger nicht

mehr mit dem gesamten politischen System identifiziert und somit zunehmend auf Distanz zur Politik geht. Viele Menschen sind der Ansicht, dass sie – wenn überhaupt – nicht genügend in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden sind. Diese Wahrnehmung ist gefährlich und kann auf Dauer zu Sozialkonflikten führen.

Eine halberzige Angelegenheit

Der für die Institutionen und die Verfassungsreform zuständige Parlamentsausschuss schickte neulich einen Gesetzesvorschlag über das Recht zur legislativen Volksinitiative („droit d’initiative législative“) auf den Instanzenweg. Das Ziel sollte darin bestehen, die politische Beteiligung der Bürger auszubauen und somit auch ihr Vertrauen in die Politik zu stärken.

Im Gegensatz zu den bereits bestehenden Petitionen räumt die Volksinitiative den Wählern das Recht ein, direkt an der Ausarbeitung der Gesetzgebung teilzunehmen. Bei näherem Betrachten stellt sich jedoch heraus, dass diese vom Prinzip her lobenswerte Initiative eine halberzige Angelegenheit ist. In ihrem diesbezüglichen Gutachten sparte die Berufskammer der öffentlich Bediensteten denn auch nicht mit Kritik.

Zur Erklärung: Die Reformvorlage sieht vor, dass mindestens 125 Wähler die Vorschläge zur Gesetzgebung ausarbeiten und begründen müssen. Anschließend müssen wenigstens 12.500 Wähler die Gesetzesinitiative innerhalb von nur vier Wochen unterstützen. Das entspricht rund fünf Prozent der hierzulande wahlberechtigten Bürger. Erst wenn dieses Quorum erreicht wird, befassen sich die Abgeordneten in einer öffentlichen Plenarsitzung damit. Ungeklärt bleibt, ob diese festgelegten Quoren auf konkreten Erkenntnissen beruhen oder nur ein Zufallsprodukt sind.

Kaum überwindbare Hürden

Der absolute Clou ist jedoch, dass jene Bürger, die eine Gesetzesinitiative starten, neben der Begründung auch eine Kostenschätzung ihres Vorhabens vorlegen müssen. Hier stellt sich die Frage, wie die Initiatoren dies bewerkstelligen sollen. Gerade in Zeiten volatiler und schwer einzuschätzender Entwicklungen haben selbst die Regierung und die nationale Statistikbehörde Statec derzeit große Mühe, verlässliche finanzielle Prognosen zu erstellen.

Jene Bürger, die Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen möchten, müssen also kaum überwindbare Hürden meistern. Angesichts dieser Tatsache ist davon auszugehen, dass nur ein Bruchteil der Gesetzesinitiativen den Sprung in eine öffentliche Plenarsitzung schaffen wird. Die Zweifel, ob das Recht zur legislativen Volksinitiative die Bürger künftig stärker am politischen Entscheidungsprozess beteiligen wird, sind deshalb berechtigt. Sogar der Staatsrat warf in seinem Gutachten die Frage auf, welchen „demokratischen Mehrwert“ die Gesetzesinitiative des Volkes überhaupt habe.

Noch deutlicher wurde der Präsident der Chambre des fonctionnaires et employés publics (CHFEP). „D’Bierger ginn hei op d’A gedréckt“, ärgerte sich Romain Wolff anlässlich einer am 15. November einberufenen Pressekonferenz. „Wenn die politisch Verantwortlichen tatsächlich gewillt sind, die Bürger mehr in den Entscheidungsprozess einzubinden als dies bislang der Fall ist, wurde seitens der Politik der falsche Weg eingeschlagen“, beschwerte sich der CHFEP-Vorsitzende. Gefordert wird die Schaffung eines Instruments, das als Grundlage für eine echte Bürgerbeteiligung diene. **ml**

WERDEN SIE NOCH HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE

Boîte postale 210 • L-2012 LUXEMBOURG

Demande d’adhésion

CGFP

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

Je soussigné(e) déclare par la présente que j’adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP. J’autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou compte bancaire no: IBAN LU



....., le

.....

(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l’abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.



CGFP und FGFC sehen Handlungsbedarf im Sozialversicherungsbereich

Systemische Verbesserungen zur Finanzierung des Gesundheitssystems

Die Herbstquadrupartite bot die Gelegenheit, die finanzielle Lage der „Caisse Nationale de Santé“ (CNS) eingehend zu analysieren. In den Jahren 2014 bis 2022 haben sich die Ausgaben der CNS verdoppelt. Angesichts der Probleme, die sich über all die Jahre hinweg im Sozialversicherungsbereich angehäuft haben, muss schnellstens gehandelt werden, unterstrichen die CGFP- und FGFC-Vertreter in ihrer jüngsten Arbeitssitzung.

Die CGFP und ihr Kooperationspartner FGFC zeigen sich über den kontinuierlichen Abwärtstrend der CNS-Reserven besorgt. Jüngsten Prognosen zufolge könnten die Rücklagen bis 2026-2028 vollständig aufgebraucht sein. Diese Zahlen verdeutlichen, dass zur langfristigen Absicherung der finanziellen Tragfähigkeit der Krankenversicherung systemische Verbesserungen unausweichlich sind.

In diesem Zusammenhang begrüßen die CGFP und die FGFC die Einberufung des „Gesundheitsdösch“. Sie lassen jedoch Vorsicht walten, was die Ergebnisse dieses Gremiums betrifft. Gefordert werden schnellstmögliche Veränderungen, die ein wirksames und nachhaltiges Gesundheitssystem gewährleisten. Viele Probleme bedürfen einer dringenden Lösung. In erster Linie gilt es, dem besorgniserregenden Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken.

Ungewissheit beim Nationalen Gesundheitsplan

Auf den ersten Blick betrachtet, verfolgt der Nationale Gesundheitsplan eine ehrgeizige Zielsetzung. Dieses Konzept, das vor einigen Monaten von der zuständigen Ministerin vorgestellt wurde, lässt jedoch bislang jegliche konkrete Maßnahmen vermissen.

Fraglich bleibt zudem, wie das Vorhaben finanziert werden soll, da sich die Verantwortlichen diesbezüglich bedeckt halten. Nach der angekündigten Einrichtung eines Präventions- und Digitalisierungsfonds stehen im Hinblick auf deren Finanzierung noch viele Fragen offen.

Mehrere Arbeitsgruppen wurden damit beauftragt, innovative Wege zur Finanzierung des Gesundheitssystems aufzuzeigen. Angesichts

der zahlreichen Akteure, die bei diesem Thema mitwirken, müssen bald konkrete Ergebnisse vorliegen, denn die Zeit drängt.

Integrale staatliche Kostenübernahme

Für die CGFP und die FGFC stellen Leistungsver schlechterungen für die Versicherten keine Option dar. Auch eine Erhöhung der Beiträge halten die beiden Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt für unangemessen. Vielmehr sollte die Nutzung der vorhandenen Ressourcen optimiert werden. Zudem müssen nachhaltigere Finanzierungsmöglichkeiten ausgearbeitet werden, die nicht ausschließlich von der Lohnsumme abhängen, wie dies zurzeit der Fall ist. Um die Kosten zu verringern, sollten unnötige Überschneidungen bei medizinischen Behandlungen vermieden werden.

Im Bereich der Mutterschaftsversicherung fordern die CGFP und die FGFC ein Umdenken, das den heutigen Gegebenheiten Rechnung trägt. Die Mutterschaft ist keine Krankheit, deshalb soll der Staat die damit einhergehenden Kosten – wie in der Vergangenheit – als Sozialleistung integral übernehmen, statt diese ständig auf die CNS abzuwälzen.

Schleppende Digitalisierung

Kein Verständnis zeigt die CGFP für die schleppende Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Die praktische Umsetzung der angekündigten eHealth-Plattform lässt weiter auf sich warten. Derzeit liegen keine Informationen vor, geschweige denn ein Starttermin.

Im internationalen Vergleich gerät Luxemburg bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens zunehmend ins Hintertreffen. So sind z.B. die Apotheken in den Niederlanden, der Schweiz und Schweden in der Lage, elektronische Rezepte anzunehmen und zu bearbeiten. Luxemburg hat es bislang immer noch nicht geschafft, das E-Rezept für verschreibungspflichtige Medikamente einzuführen.

Ähnlich verhält es sich mit dem digitalen Krankenschein. Ab dem kommenden Jahr müssen die Beschäftigten in Deutschland die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nicht mehr dem Arbeitgeber vorlegen. Künftig rufen die Arbeitgeber dieses Dokument digital bei den Krankenkassen ab. Hierzulande schlummern ähnliche Vorhaben in den Schubladen. Geht es jedoch um die praktische Umsetzung, fehlt es den politisch Verantwortlichen am nötigen Durchsetzungsvermögen.

Wo bleibt die Reform der Nomenklatur?

Angesichts der schnell fortschreitenden Entwicklung im Forschungsbereich halten die CGFP und die FGFC eine Reform der Nomenklatur für längst überfällig. Die Auflistung der Akte und Tarife, die der Arzt abrechnen kann, müsste in regelmäßigen Abständen den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Abschließend bekräftigen die CGFP und die FGFC, dass gerade im Gesundheits- und Sozialversicherungswesen am Grundprinzip der Solidarität nicht gerüttelt werden darf. Alle Bemühungen müssen darauf abzielen, ein nachhaltiges, leistungsstarkes und für alle zugängliches Gesundheitssystem zu gewährleisten. **ml**





Die OECD-Rezepte für Luxemburg

Lohnindexierung infrage stellen, imaginäre Rentenmauer sprengen, Straßenmaut einführen, Einwanderung um 33 % erhöhen

Vor Kurzem analysierte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erneut unsere Wirtschaft. Man braucht nicht überempfindlich oder ein Nationalist zu sein, um dabei den wiederholten Versuch einer unverschämten externen Bevormundung zu erkennen. Der Luxemburger Politik ist nachdrücklich anzuraten, sich energisch diesen Bemühungen einer soften Fremdherrschaft durch anonyme internationale Bürokraten zu widersetzen. Diese überschreiten schlicht und einfach ihre Zuständigkeit, indem sie einem souveränen Staat so hanebüchene Ratschläge erteilen, wie unser Titel sie teilweise zusammenfasst.

Eines vorneweg: Mehrere Regierungsglieder haben den Mut aufgebracht, die OECD-Kritiken und Rezepte unverzüglich öffentlich zurückzuweisen. Dies geschah wohlbemerkt in diplomatischen Formulierungen, wie sich das in der Öffentlichkeit geziemt, aber doch unmissverständlich. Diese prompten und klaren Reaktionen verdienen ein großes Lob!

Das Machwerk aber verdient unsere volle Aufmerksamkeit, denn so lächerlich einige Ratschläge auch erscheinen mögen, sind die daraus gezogenen Schlussfolgerungen keineswegs harmlos. Für uns ist es beispielsweise inakzeptabel, dass die Pariser OECD-Ideologen – genau wie die EU-Kommission – stellvertretend für ihre Institutionen unserem Land vorschreiben wollen, wie hoch unsere Beschäftigungsrate („*taux d'emploi*“, „*Labor Market Participation Rate*“) sein sollte. Diesbezüglich lägen wir, im internationalen Ranking weit zurück und müssten uns stark anstrengen, um nicht international wirtschaftlich abgehängt zu werden, heißt es.

Ein No-Go!

Die erwähnte Beschäftigungsquote betrifft den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Was etwa konkret bedeutet, dass sich hier Technokraten anmaßen, uns indirekt vorzuschreiben, wie viele Mütter und Väter sich wie lange eine Auszeit nehmen sollen oder dürfen, um sich um ihren Nachwuchs zu kümmern.

Diese vermeintlichen Experten wollen uns zudem anweisen, wer wann in Rente gehen soll. Dabei wird sogar vorgeschlagen, die Erwerbstätigen mit Rentenkürzungen zu einem späteren Eintritt in den Ruhestand zu ermutigen! Oder zu nötigen!?! Als ob es noch eines Beweises be-

durft hätte, dass man zu jedem Thema perverse Kalkulationen anstellen kann!

Diese Beschäftigungsrate, welche Luxemburg eine „*Datz auf der Zensur*“ einbringt, ist ein statistisches Monster angelsächsischer Machart, das sich offensichtlich aus unsozialen und antisozialen Pseudowerten ableitet. Manche Thesen der Analyse beruhen auf der gleichen fundamentalistischen Kapitalismusphilosophie.

Intellektuelle Hybris

Von der Rentenmauer weiß die OECD jetzt, dass sie uns im Jahre 2040 erwartet. Sie hat dies unter der (absolut unsinnigen) Hypothese berechnet, dass bis dahin kein Komma an den geltenden Gesetzen und sonstigen Regeln geändert wird, und in der (total fragwürdigen) Überzeugung, heute mit Sicherheit zu wissen, welche Erträge die investierten Pensionsreserven alljährlich einbringen oder wie sich die Einwanderung und die Grenzgängerzahlen entwickeln werden etc.

Und so verlangt die Studie, an allen Schrauben gleichzeitig zu drehen, und sie fordert eine Erhöhung der Rentenbeiträge, ein Anheben des Ruhestandsalters in Anpassung an die steigende Lebenserwartung sowie ein Herabsenken des Pensionsniveaus im Verhältnis zum Lohnniveau. Und als Sahnehäubchen auf dem „Rentenkuchen“ bringt sie in ihren Rechenmodellen, zwecks Verjüngung der Bevölkerung, sogar eine 33%ige Steigerung unserer Einwanderung ins Spiel!

Wie lächerlich das ganze Rentenmauerkonzept und die spekulative Rechnerei sind, zeigt die Prognose aus dem Jahr 2012. Damals gingen Luxemburger Experten davon aus, dass man 2031 mit der Rentenmauer konfrontiert sein werde. Als man 2015 einen realistischeren Prozentsatz für die Finanzerträge benutzte, hieß es, dieses Szenario würde erst 2053 eintreten.

Fragwürdige Einmischung

Generell ist zu betonen, dass es einfach nicht die Aufgabe irgendwelcher Technokraten sein kann, die politischen und sozialen Entscheidungen von gewählten Volksvertretern, einer legitimen Regierung und der national repräsentativen Tripartite zu bewerten und grundsätzlich infrage zu stellen. Dabei benehmen sich diese Besserwisser aus den Elfenbeintürmen der OECD, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU immer wieder als Anhänger

angelsächsischer Irrlehren, welche die Marktmechanismen absolut vergöttern. Sie treten wie turboliberalen Götzendiener auf, die um das kapitalistische Goldene Kalb tanzen.

Nach Überzeugung dieser angeblichen Fachleute sind wir Luxemburger einfach nicht klug genug, wenn es darum geht, unseren Wohlstand zu verwalten! Wie soll denn unser Land, so rasonieren sie, jemals in Erfahrung bringen können, wie viele Straßen gebraucht werden, wenn es über keinerlei Straßenmaut verfügt.

Die Nachfrage könne man doch nur über den Preis messen und beurteilen, so ihr angeblich wissenschaftlich fundiertes Dogma; und Entscheidungen ließen sich doch nur optimieren, indem man dem Markt und den Marktkräften alle wesentlichen Beschlüsse überlasse. Ohnehin wäre es ja, in den Augen dieser Herrschaften, viel rationeller und unbürokratischer, nebst anderen öffentlichen Dienstleistungen gleich alle Verkehrswege zu privatisieren und an der Börse zu notieren.

Beispiellose Anmaßung

Als jemand, der selbst Volkswirtschaft studiert hat, bestreite ich nicht, dass das Fachwissen von Ökonomen zuweilen gebraucht wird, um ein gutes oder verbessertes Funktionieren des Staates, der öffentlichen Finanzen und der nationalen Wirtschaft sicherzustellen. Doch als Staatsbürger kann ich nicht akzeptieren, dass es die Aufgabe von Rechengeiern, Zahlenjongleuren, Chefökonomien und sonstigen Bürokraten sein sollte, die Ziele des wirtschaftlichen Geschehens festzulegen oder ideologisch zu beeinflussen.

Der Bäcker wird gebraucht, um den Kuchen besser oder größer zu gestalten, aber eine Entscheidung über die bestmögliche Aufteilung des Kuchens wird nicht von ihm erwartet. Denn sinnvolle politische Beschlüsse und soziale Präferenzen kann man einfach nicht berechnen oder anderswie wissenschaftlich ermitteln. Auch wenn bestimmte Lobbyisten ständig versuchen, uns genau dies subtil zu vermitteln.

Zudem brauchen wir niemanden von außerhalb, der uns belehrt, wie sich unser rasantes Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf Verluste mit einer höheren Beschäftigungsquote, mit Leistungsbewertungen seitens der Arbeitgeber oder mit sonstigem Sozialdumping noch beschleunigen ließe.

Wir benötigen hingegen weiterhin den bestmöglichen Lohnindex, selbst wenn dieser die Luxemburger Wachstumsrate um einige Stellen hinter dem Komma abbremsen sollte. Denn sogar rein volkswirtschaftlich lohnt sich die Indexierung als Garant des sozialen Friedens und der politischen Stabilität.

Pervertierte Weltanschauung

Nach unseren demokratischen und sozialen Vorstellungen haben die Wirtschaft und das Finanzwesen im Dienst der Gesellschaft und der Menschen zu stehen und nicht umgekehrt. Und dabei spielen das Klima am Arbeitsplatz, eine gesicherte Work-Life-Balance, ein angemessener Mindestlohn und die Vermeidung prekärer Arbeitsverhältnisse eine äußerst wichtige Rolle.

Gleiches gilt auch, je nach den Umständen, für die Ausnutzung aller Möglichkeiten beim Homeoffice sowie für die flexiblen Arbeitszeiten und die Weiterbildung. Ein Arbeitgeber, der sein Personal respektiert, stressige Arbeitsüber-

lastung vermeidet und dabei versucht, Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten, statt auf unsinnige Überwachungsschikanen und Bewertungsmechanismen zu setzen, schadet keineswegs der Produktivität, ganz im Gegenteil.

Wenn diese „Pariser Kontrolleure“ persönlich eine entgegengesetzte Weltanschauung haben, so wollen wir sie nicht bekehren. Sie sollten es jedoch künftig bitte unterlassen, Luxemburg bei jedem Besuch abermals ihre Rezepte aufzulegen zu wollen.

Überflüssige Ratschläge

Luxemburg mag ja vielleicht nur ein Pünktchen auf dem Globus sein, aber in den finanzökonomischen Angelegenheiten, welche die OECD untersucht, werden wir von allen internationalen Ratingagenturen mit dem Triple A einstimmig als Musterschüler ausgezeichnet.

Man sollte der OECD daher vielleicht nahelegen, ihre Ressourcen etwas rationeller einzusetzen, indem sie unser Land nur alle vier oder sechs oder zehn Jahre besucht, solange es die weltweit am positivsten Zahlungsbilanz und das schnellste BIP-Wachstum in Europa, einen ausgeglichenen Haushalt und die niedrigste Staatsverschuldung aufweist. Es wäre sinnvoller und ökonomisch einträglicher, wenn diese Herrschaften ihre „Talente“ den Sorgenkindern unter ihren Mitgliedsländern angedeihen ließen.

Wir wollen hier nicht alle OECD-Ratschläge vorstellen und kommentieren, denn so viel Beachtung verdient das Ganze nicht. Da gibt es viele Wiederholungen aus den Analysen vorangegangener Jahre, vieles, was ohnehin geplant ist oder zur Diskussion steht, hinsichtlich des Wohnungsmarktes, des Klimawandels, der Energiesicherheit und der Steuerpolitik. Vor allem im letzteren Fall liegt die OECD-Einmischung vollkommen daneben, denn besonders in der Fiskalpolitik wollen wir auf alle Fälle absolut souverän bleiben.

Gravierende Fehlanalyse

Wenn die OECD vorgibt, sich große Sorgen um die Produktivität unserer Unternehmen und um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu machen, dann wiederholt sie nur, was bestimmte Lobbyisten seit Jahr und Tag predigen, um ihre egoistischen Anliegen politisch zu verkaufen.

Die angeblichen Bedrohungen sind unhaltbare theoretische Behauptungen, denn ein kleiner Wirtschaftsstandort, der trotz der vergangenen Krisen jährlich über 15.000 zusätzliche Jobs schafft – 250.000 in weniger als 25 Jahren, also praktisch eine Verdoppelung! – der ist mit Sicherheit international attraktiv für die Unternehmenswelt und schwächtelt keineswegs im Wettbewerb.

Und wenn, in dem gleichen Geiste, gewisse Patronatsvertreter vorschlagen, unsere Sozialpolitik zurückzuschrauben, um stattdessen auch die allerschwächsten der hiesigen Unternehmen noch über Wasser zu halten, dürfen sie sich doch wahrlich nicht als Förderer der Produktivität aufspielen. Auf längere Sicht sind Indextranchen und Mindestlohnanpassungen doch die stärksten und wirksamsten Anreize für Manager, um in ihren Betrieben ständig kräftige Produktivitätssteigerungen sicherzustellen. Und daher ist die Lohnindexierung

auch aus ökonomischer Sicht ein Motor der erforderlichen Umschichtung von schwachen auf starke Sektoren, also jenes Strukturwandels, der unsere langfristige Zukunft absichern soll.

Das jüngste OECD-Machwerk wollen wir hier kurz als Vorwand für einige weiterreichende fundamentale Überlegungen nutzen.

Bedenkliche Intoxikation

Bei uns und in ganz Europa lässt sich die öffentliche Meinung allzu oft leicht beeinflussen durch clever auftretende angebliche Experten, durch Lobbyisten mit fragwürdigen Methoden sowie durch turboliberalen Thinktanks, die der Presse und den Politikern ständig vermeintlich wissenschaftliche Studien vorlegen. Doch es ist ein angelsächsischer Irrglaube zu meinen, irgendeine Wissenschaft sei in der Lage, ein optimales Pensionsalter, die richtige Wochenarbeitszeit, die angemessenste Zahl an Jahresarbeitsstunden oder den günstigsten Mindestlohn zu berechnen.

Keine Gewerkschaft stellt die absolute Notwendigkeit von Marktmechanismen infrage. Sie sind manchmal unentbehrlich, oft sehr nützlich, zuweilen aber auch ein unvermeidbares Übel, das die erwünschten Ziele nur erreichen kann, wenn das Funktionieren solide reguliert und überwacht wird.

Ohne Leitplanken führen nicht ordentlich regulierte Marktmechanismen nämlich sehr oft in den Abgrund, wie es alle Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte bewiesen haben. Und deshalb darf man sie nicht auf ein zu hohes Podest stellen oder ihnen ultimative Schiedsrichterfunktion zuteilen, weil sie sich angeblich „nicht irren könne“. Sie irren sich ständig!

Zahlreiche Verirrungen

Ein besonders anschauliches Beispiel, welche verheerende Folgen entstehen können, wenn man diesbezüglich nicht übervorsichtig handelt, liefern uns die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung der letzten Jahrzehnte, das heißt der Abbau von Hindernissen im weltweiten Handel. Der weitgehende Verzicht auf Zölle und Importquoten erzeugte durch eine verbesserte Arbeitsteilung durchaus, wie angestrebt, einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung, sowohl in Europa als auch in der gesamten Welt.

Doch als vor Jahrzehnten die Volkswirte den Politikern einen freien globalen Markt schmackhaft machten, sorgten die interessierten Geschäftemacher im Hintergrund dafür, dass den Warnungen vor den (durchaus absehbaren) üblen Nebenwirkungen keine nennenswerte Beachtung geschenkt wurde. Man unterließ es damals, eine faire Konkurrenz zu schaffen, indem man weltweit auf wirksame Art allen Ex-

porturen Mindeststandards auferlegt hätte, hinsichtlich der Arbeitsbedingungen (keine Ausbeutung von Kindern, Sklaven, Zwangsarbeitern, Gefängnisinsassen), der Umwelt- und Sicherheitsnormen, aber auch etwa im Falle Chinas wettbewerbsverzerrender staatlicher Subventionen, um geopolitische Abhängigkeiten zu schaffen.

Die Krisenverursacher

Das Ergebnis war eine fatale Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer mit wüsten Produktionsmethoden und Ausbeutungsstrukturen. Dies bescherte Europa eine jahrzehntelange hohe Arbeitslosigkeit, währenddessen in der Dritten Welt Millionen von unterbezahlten und lebensgefährlichen Jobs geschaffen wurden.

Die (an sich nützliche und notwendige) Globalisierung erzeugte zig Millionen totaler „Looser“ und viel soziales Elend. Sie hat dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft und der Demokratie enormen Schaden zugefügt.

Und dieses üble Fazit ist kein bedauerlicher, unvorhersehbarer Schicksalsschlag, nein, es ist vielmehr die logische, unweigerliche Konsequenz der Entscheidung, sich total auf den Markt zu verlassen, weil dieser – wie man uns das ständig eintrichtert – ja immer das optimale Ergebnis für alle sicherstellt und sich nie irren kann.

Kein Ende in Sicht

Im Jahre 2009 hat der Extremkapitalismus uns in seiner Gier ohne Rücksicht auf Verluste für das Allgemeinwohl, eine globale Bankenkrise beschert, weil sich die übelsten Spekulanten, nach Abschaffung der Regularien in der US-Finanzwelt, auf freien Märkten hemmungslos austoben konnten. Die Steuerzahler mussten zahlen, die „Hohepriester“ der Marktfreiheit wurden jedoch nicht belangt.

In der produzierenden Industrie hat uns jüngst das rein profitorientierte, kurzfristige Kalkulieren – auch ein markanter Bestandteil des angelsächsischen Ökonomieverständnisses à la OECD – nicht nur eine Produktionsverlagerung nach Asien, sondern gleichzeitig auch das übertriebene betriebliche Outsourcing und die extremen Just-in-time-Strategien gebracht. Der Trieb nach privaten Maximalgewinnen ging zulasten aller. Die zusammenbrechenden Lieferketten und die bedauerliche kontinentale Abhängigkeit Europas von Ereignissen in Asien und anderswo wurden immer offensichtlicher.

Fazit: Die OECD-Vordenker sind „ideologische Wölfe“, die sich als hochstudierte Wissenschaftler tarnen. Ihre Einmischung taugt nicht einmal für unsere unsäglichen Debatten über die ominöse Rentenmauer.

Paul ZIMMER





Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.